

Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2017

**der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft,
Hannover**



Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2017 der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Inhalt

Zwischenlagebericht für das erste Halbjahr 2017

Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2017

- Bilanz zum 30. Juni 2017
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 30. Juni 2017
- Verkürzter Anhang für das erste Halbjahr 2017
- Entwicklung des Anlagevermögens für das erste Halbjahr 2017

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover Zwischenlagebericht für das erste Halbjahr 2017 (ungeprüft)

1	Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1	Struktur und Organe	2
1.2	Strategie	2
2	Marktbezogene Entwicklung und wesentliche politische Rahmenbedingungen	4
2.1	Marktbezogene Entwicklung	4
2.2	Ausgewählte politische Rahmenbedingungen	8
3	Geschäftsverlauf	10
3.1	Wesentliche Veränderungen in der Beteiligungsstruktur	10
3.2	Wesentliche Ereignisse des Berichtszeitraums	11
3.3	Umwelt und Innovation	11
3.4	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	13
4	Darstellung und Analyse der Lage	13
4.1	Ertragslage	14
4.2	Finanzlage	15
4.3	Vermögenslage	16
4.4	Gesamtaussage zur Lage	17
5	Nachtragsbericht	17
6	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	18
6.1	Erwartete Entwicklung von SWH	18
6.2	Chancen- und Risikobericht	18

1 Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1.1 Struktur und Organe

Stadtwerke Hannover AG. Die Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover, (SWH) ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und Muttergesellschaft des Konzerns Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (SWH-Konzern). Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen. Die Aktionärsstruktur der Gesellschaft blieb im ersten Halbjahr 2017 unverändert. Mit 75,09 Prozent ist die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) Hauptaktionärin. Mit ihr besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Daneben sind die Thüga AG, München, mit 24,0 Prozent und die Region Hannover mit 0,91 Prozent beteiligt. Die SWH wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der VVG einbezogen.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Unter der Dachmarke „enercity“ werden Energie, Wasser und Dienstleistungen für Privat- sowie Geschäftskunden angeboten. Der Umsatz wird nach wie vor im Wesentlichen im Inland in den Sparten Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und Dienstleistungen erwirtschaftet.

Vorstand. Der Vorstand der SWH besteht aus drei Mitgliedern. Seit dem 1. Januar 2017 ist Herr Kai-Uwe Weitz Vorstandsmitglied der SWH und seit dem 11. Februar 2017 als Arbeitsdirektor tätig. Der bisherige Arbeitsdirektor Herr Jochen Westerholz hat seine Funktion zum 10. Februar 2017 beendet und zum 31. März 2017 das Unternehmen verlassen. Seit dem 1. April 2017 ist Herr Prof. Dr. Marc Hansmann als weiteres Vorstandsmitglied bestellt. Weitere Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstands liegen nicht vor.

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen strebt der Vorstand der SWH für die ihm nachgelagerten zwei Managementebenen einen Anteil von 30 Prozent beziehungsweise 25 Prozent bis zum 30. Juni 2017 an. Zum 30. Juni 2017 beträgt der Anteil von Frauen in den dem Vorstand nachgelagerten zwei Managementebenen 35,7 Prozent beziehungsweise 21,2 Prozent.

Für den Vorstand hat der Aufsichtsrat einen Anteil von 33 Prozent bis zum 30. Juni 2017 beschlossen. Zum 30. Juni 2017 beträgt der Frauenanteil im Vorstand der SWH 33,3 Prozent.

Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat der SWH besteht grundsätzlich aus 20 Mitgliedern. Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstands in dem von Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung gesetzten Rahmen und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmervertretern besetzt. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in der Satzung der SWH niedergelegt. Der Aufsichtsrat bildet aus seinen Mitgliedern drei Ausschüsse: einen Präsidial-, einen Finanz- sowie einen Beteiligungs- und Strategieausschuss.

Auch der Aufsichtsrat der SWH strebt an, die Anzahl von Frauen im Aufsichtsrat zu stärken und einen Anteil von insgesamt sieben Frauen (35 Prozent) zum 30. Juni 2017 zu erreichen. Dabei sollen vier Frauen Anteilseignervertreterinnen und drei Frauen Arbeitnehmervertreterinnen sein. Zum 30. Juni 2017 sind insgesamt drei Frauen im Aufsichtsrat der SWH vertreten (15 Prozent), davon eine Frau als Anteilseignervertreterin und zwei Frauen als Arbeitnehmervertreterinnen.

Beirat. Zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die SWH die Versorgung von Letztverbrauchern betreibt, sowie zur Beratung des Aufsichtsrats ist gemäß der Satzung der SWH ein ständiger Beirat eingerichtet.

1.2 Strategie

Grundlegender Wandel in der Energiewirtschaft und in der Gesellschaft. Die Energiewirtschaft befindet sich in einem Strukturwandel. Neben der Liberalisierung der Energiemärkte verändern insbesondere die von Klimaschutzanforderungen getriebene Energiewende sowie der Trend zur Digitalisierung, aber auch das veränderte Kundenverhalten und die technologischen Entwicklungen die bisherigen Wertschöpfungsstufen.

SWH ist inklusive ihrer Tochtergesellschaften Teil dieses in dynamischer Veränderung begriffenen wirtschaftlichen Umfeldes. Gleichzeitig lösen sich Branchengrenzen auf, neue Wettbewerber und veränderte Kundenbedürfnisse setzen die Wertschöpfung, zusätzlich zum Regulator, unter Druck.

Strategie- und Transformationsprogramm „energcity 4.0“. Um diesen zukünftigen Herausforderungen aktiv zu begegnen, hat SWH das Transformationsprogramm „energcity 4.0“ aufgesetzt und verfolgt damit eine strategische Neuausrichtung des Unternehmens. Zentrale Bestandteile waren dabei die Neukonzeption der Unternehmensstrategie sowie die Entwicklung eines zukunftsweisenden Unternehmensleitbildes für SWH als Konzern.

Von der asset-Orientierung zur Kundenorientierung. In den bisherigen strategischen Konzepten einschließlich der Strategie K2025 lag die Fokussierung auf einer asset-orientierten Unternehmensstrategie. In der sich immer schneller verändernden Energiewelt von heute treten immer mehr Marktteilnehmer auf den Plan, die den Wettbewerb befeuern. Deshalb ist es erfolgsentscheidend sich noch stärker auf die Kundenbedürfnisse auszurichten und sich vom Wettbewerb zu differenzieren.

Digitalisierung und veränderte Kundenbedürfnisse. Die Zukunft der Energiewirtschaft wird noch stärker von der Digitalisierung geprägt sein. Entsprechend muss zukünftig der Fokus darauf liegen, den Kunden überzeugende Komplettlösungen anzubieten, die sie nach ihren intuitiven Bedürfnissen schnell und bequem zu jeder Zeit und an jedem Ort beziehen können.

Für SWH bedeutet dies eine deutlich stärkere Kundenorientierung in Verbindung mit der erforderlichen Agilität und Prozesseffizienz, um diese Kundenbedürfnisse auch kosteneffizient bedienen zu können. Hierfür muss SWH insbesondere die Innovationsgeschwindigkeit erhöhen und die Kooperationsfähigkeit stärken.

Leitbild von SWH: „Treibende Kraft für die digitale Energiewelt von morgen“. Das künftige Leitbild von SWH, die „Treibende Kraft für die digitale Energiewelt von morgen“ zu sein, fußt auf den wesentlichen Fundamenten

- Agilität und Flexibilität ausbauen,
- Digitalisierung,
- Stärkung der finanziellen Kraft.

Darauf bauen die vier zentralen Säulen der neuen strategischen Ausrichtung auf:

- Die Kunden sind der Maßstab unseres Handelns.
- Wir sind führend bei innovativen Kundenerlebnissen und -lösungen.
- Diversifikation des Portfolios: regenerativ und klimafreundlich.
- Intelligente und effiziente Netze.

Im Ergebnis der strategischen Neupositionierung richtet sich SWH in der dynamischen digitalisierten Energiewelt und der fortschreitenden Energiewende neu aus. Ziel ist dabei die Fokussierung auf die sich wandelnden Kundenbedürfnisse, was den Wandel von einer asset-orientierten zur kundenorientierten Strategie zur Folge hat. Gleichwohl werden für die Bereitstellung der von den Kunden benötigten Energie umfangreiche Investitionen in Kundenlösungen und in die Restrukturierung des Erzeugungsportfolios geplant.

Vom Commodity- zum Lösungsanbieter. SWH entwickelt sich von einem klassischen Commodity-Anbieter zu einem kundenorientierten Lösungsanbieter. Ziel ist es, die Anzahl der Kunden im Strom und Wärmebereich nahezu zu verdoppeln. Dies wird durch drei Stoßrichtungen erreicht:

- Der Absatz außerhalb des Heimatmarktes wird deutlich gesteigert.
- Hierfür wird SWH den Commodity-Vertrieb mit intelligenten Lösungen erweitern, zum Beispiel in den Feldern Elektromobilität und Smart Home, aber auch durch effiziente Konzepte zur dezentralen Energieversorgung.

Die konsequente Digitalisierung ist eine wesentliche Voraussetzung, diese Neuausrichtung kosteneffizient darzustellen.

Konsequente Umstellung auf erneuerbare Energien. Im Erzeugungsbereich wird SWH das Portfolio signifikant weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien umbauen.

Wasserversorgung und Netze bleiben wichtige Basis des Geschäfts. Seinen Kunden liefert SWH weiterhin bestes Trinkwasser weitgehend aus eigener Gewinnung und erwirtschaftet damit einen stabilen Ergebnisbeitrag.

Die Netze stehen vor großen Herausforderungen. Während das Stromnetz den Anforderungen der dezentralen und digitalen Energiewelt angepasst werden muss, wird das Gasnetz nicht mehr ausgebaut. Das Stromnetz bildet eine wichtige Grundlage für Zukunftstechnologien wie Elektromobilität oder Wärmepumpen. Es wird kontinuierlich weiterentwickelt um die „Sektorkopplung“, das heißt der Nutzung von Elektrizität in den Wärme- und Mobilitätssektoren, umzusetzen.

Auch die Datenübertragungsnetze werden bei SWH gestärkt, während das Wassernetz stabil weiterentwickelt wird.

Optimierung im Handel und Wachstum bei dezentralen Speichern. Der eigene Energiehandel wird zukünftig ein wichtiger Erfolgsfaktor sein. Die Handelsvolumina - vor allem in den kurzfristigen Märkten - werden weiter steigen worauf sich das ausgebaut.

Im Geschäftsfeld Speicherung setzt SWH auf Strom- und Wärmespeicher. Die Wirtschaftlichkeit von zentralen Stromspeichern wird fortlaufend geprüft. Unseren Kunden unterbreiten wir Angebote zur Nutzung dezentraler Speichertechnologien. Für den Gaskavernenspeicher werden regelmäßig Auktionen von Speicherscheiben zur bestmöglichen Vermarktung durchgeführt.

Konzentration auf strategisch bedeutsame Beteiligungen. Beteiligungen bleiben ein flexibles Instrument der Geschäftsabwicklung und gewinnen für den Einstieg in Kooperationen weiter an Bedeutung. SWH wird sein Bestandsportfolio bereinigen und sich von strategisch nicht relevanten Beteiligungen trennen. Die werthaltigen Beteiligungen mit hoher Bilanzbindung bleiben ein substanzieller Bestandteil des Portfolios.

Personalstrategie: Kulturwandel und sichere Arbeitsplätze. Die Neuausrichtung erfordert eine Transformation, die nicht nur das Geschäft, sondern auch die Unternehmenskultur verändern wird. Neues Denken und Innovationen sind nötig, um die veränderten Kundenanforderungen bedienen zu können. Hierfür sollen flexible Formen der Zusammenarbeit etabliert und das unternehmerische Denken und die Eigenverantwortung der Beschäftigten weiter gestärkt werden. Die Unternehmenswerte „Kundenorientierung“, „Verlässlichkeit“, „Innovation“ und „Nachhaltigkeit“ sind dabei Basis unseres Handelns.

Ziel wird weiterhin bleiben, dass alle Beschäftigten einen sicheren und wertschöpfenden Arbeitsplatz haben.

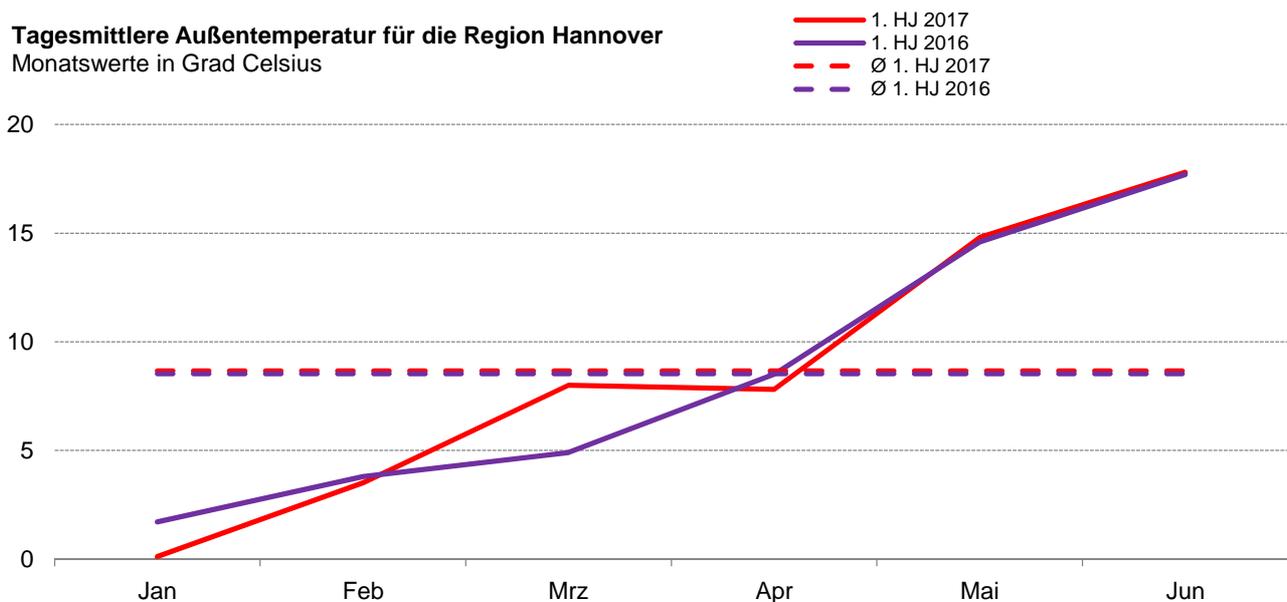
Nachhaltiges Wachstum und stabile Einhaltung finanzieller Kennzahlen. Mit seiner neuen Unternehmensstrategie verbessert SWH die Ertragslage deutlich und begibt sich auf einen nachhaltigen Wachstumspfad.

2 Marktbezogene Entwicklung und wesentliche politische Rahmenbedingungen

2.1 Marktbezogene Entwicklung

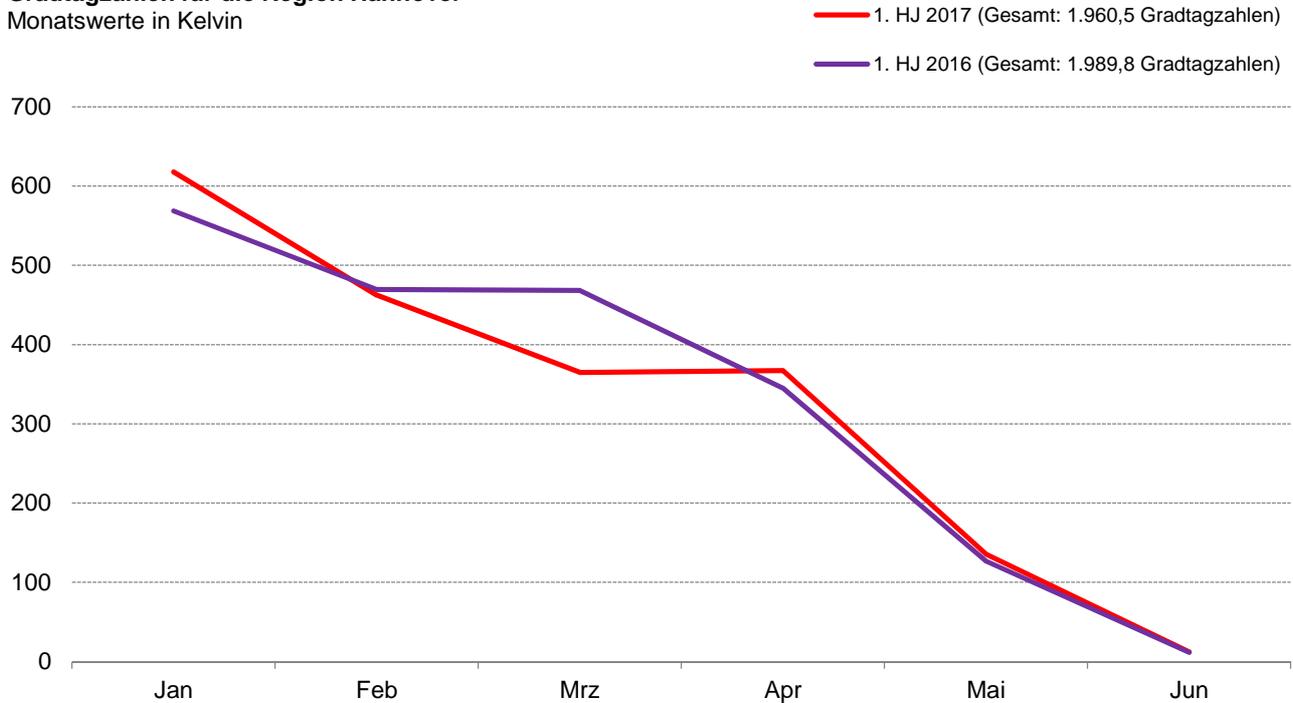
Witterungseinflüsse. Im ersten Halbjahr 2017 lagen die tagesmittleren Außentemperaturen in der Region Hannover insgesamt annähernd auf dem Temperaturniveau des ersten Halbjahres 2016 (Durchschnitt erstes Halbjahr 2017: 8,7 Grad Celsius; Durchschnitt erstes Halbjahr 2016: 8,5 Grad Celsius).

Tagesmittlere Außentemperatur für die Region Hannover
Monatswerte in Grad Celsius



Dem Temperaturverlauf des ersten Halbjahres 2017 entsprechend lagen die Gradtagzahlen¹ insgesamt nur geringfügig unter dem Wert des Vorjahresvergleichszeitraums.

Gradtagzahlen für die Region Hannover
Monatswerte in Kelvin



Anstieg der Stromnotierungen am Terminmarkt. Im ersten Halbjahr 2017 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2016 notierten die Kontrakte auf dem Terminmarkt der EEX wie im Folgenden dargestellt:

1. HJ 2017 in EUR je MWh	Strompreis Baseload			Strompreis Peakload		
	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
Lieferjahr 2018	29,98	28,01	31,34	37,90	35,85	39,49
Lieferjahr 2019	27,82	26,35	28,94	35,75	34,28	37,00

2016 in EUR je MWh	Strompreis Baseload			Strompreis Peakload		
	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
Lieferjahr 2017	26,58	20,85	35,51	33,51	27,32	44,28
Lieferjahr 2018	25,15	20,02	31,36	31,92	26,38	39,83

¹ Die Gradtagzahl ist eine heiztechnische Kenngröße, die den Zusammenhang zwischen der Außenlufttemperatur und der gewünschten Raumtemperatur herstellt. Die Berechnung folgt der VDI-Richtlinie 3807 bei einer Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und einer Heizgrenztemperatur von 15 Grad Celsius.

1. HJ 2016

Strompreis Baseload

Strompreis Peakload

in EUR je MWh

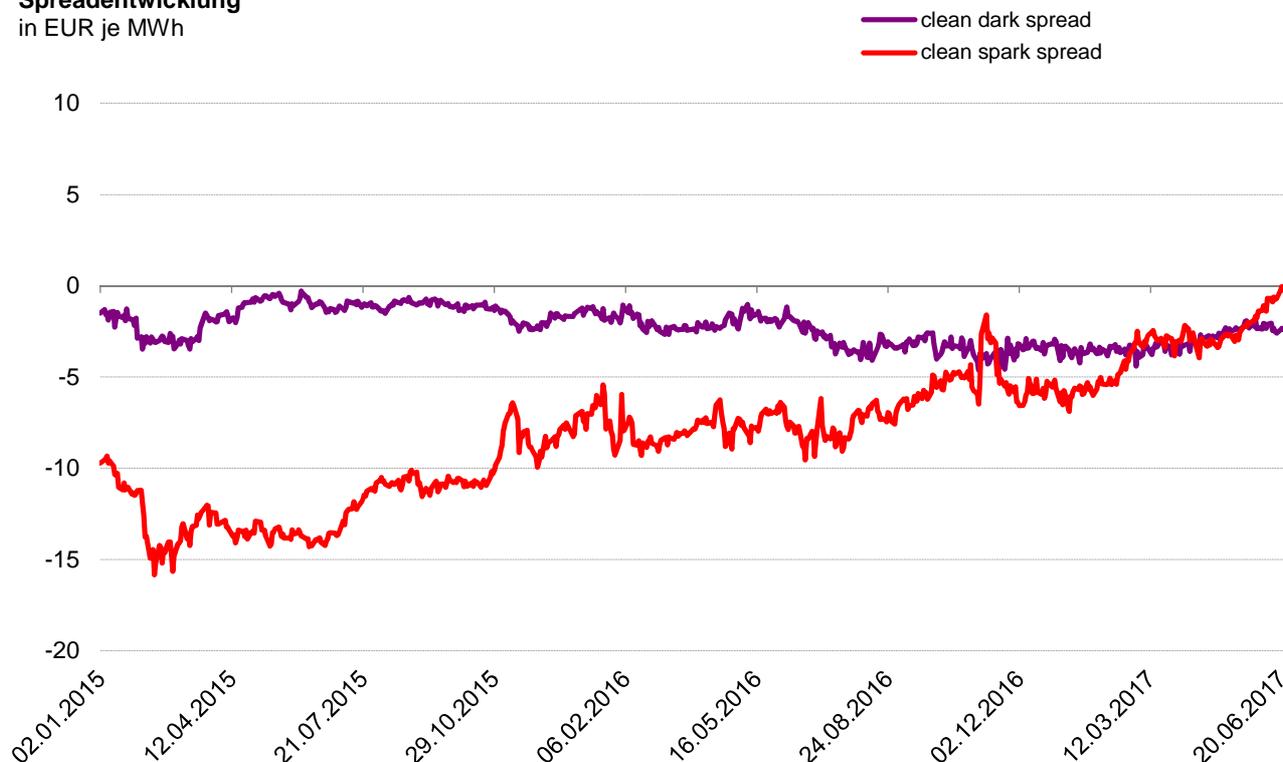
Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2017	23,90	20,85	28,14	30,19	27,32	34,98
2018	23,20	20,02	27,77	29,38	26,38	34,42

Insgesamt ergab sich im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Preisanstieg für Lieferungen im Jahr 2018 von 6,78 EUR je MWh beziehungsweise 29,2 Prozent für Baseload und von 8,52 EUR je MWh beziehungsweise 29,0 Prozent für Peakload. Die Ursachen liegen unter anderem in dem gestiegenen Preisniveau für Kohle und Gas. Für das Lieferjahr 2019 ergeben sich aktuell wieder sinkende Preisnotierungen.

Erzeugermarge der Kraftwerke. Da das Erzeugungsportfolio zum Großteil aus Steinkohle- und Gaskraftwerken besteht, ist die Ergebnisentwicklung insbesondere durch die realisierten Clean Dark Spreads und Clean Spark Spreads geprägt. Der Terminmarkt für das Lieferjahr 2018 zeigt die beiden Entwicklungen. Der Clean Dark Spread liegt seit 2015 durchgehend im negativen Bereich und lag im ersten Halbjahr 2017 mit durchschnittlich $-3,06$ EUR je MWh niedriger als im Jahr 2016 mit $-2,66$ EUR je MWh. Die Verschlechterung begann etwa Mitte 2016 mit dem Anstieg der Kohlepreise. Die Gesamtsituation, die mittlerweile durch die Peak-Erlöse bestimmt wird, hat sich durch den Kostenanstieg damit ebenfalls verschlechtert. Der Clean Spark Spread befindet sich seit Anfang 2015 in einem steigenden Trend, der die Werte aus dem sehr deutlich negativen Bereich bis auf null Mitte 2017 geführt hat. Damit hat er sich im Durchschnitt gegenüber 2016 ($-6,92$ EUR je MWh) um mehr als 50 Prozent auf $-3,06$ EUR je MWh gesteigert. Da die Gaspreise seit Mitte 2016 auf einem relativ niedrigen Niveau verharren, resultiert der Anstieg des Clean Spark Spread aus den seit dem gestiegenen Peak-Preisen.

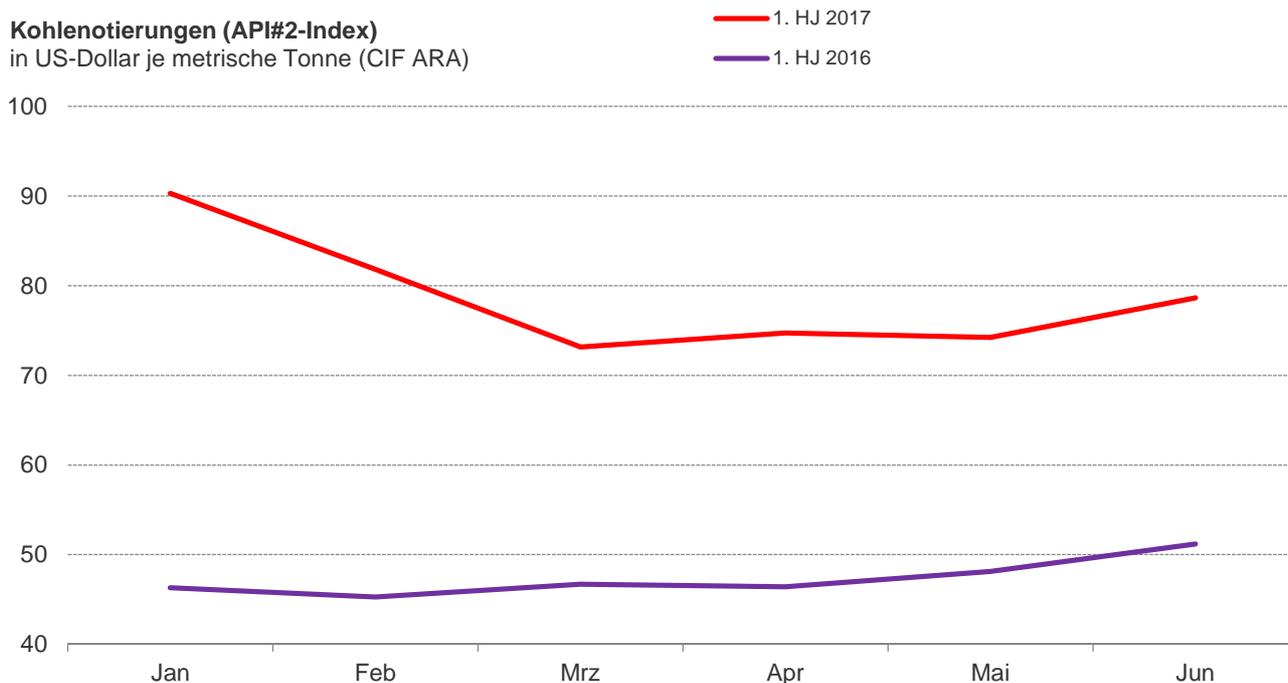
Spreadentwicklung

in EUR je MWh



Ansteigende Gaspreise am Terminmarkt. Im ersten Halbjahr 2017 lag der Durchschnittspreis für das Lieferjahr 2018 im Marktgebiet der Title Transfer Facility (TTF) mit durchschnittlich 16,88 EUR je MWh um +1,97 EUR je MWh beziehungsweise +13,2 Prozent über dem des Vorjahreszeitraums (14,91 EUR je MWh).

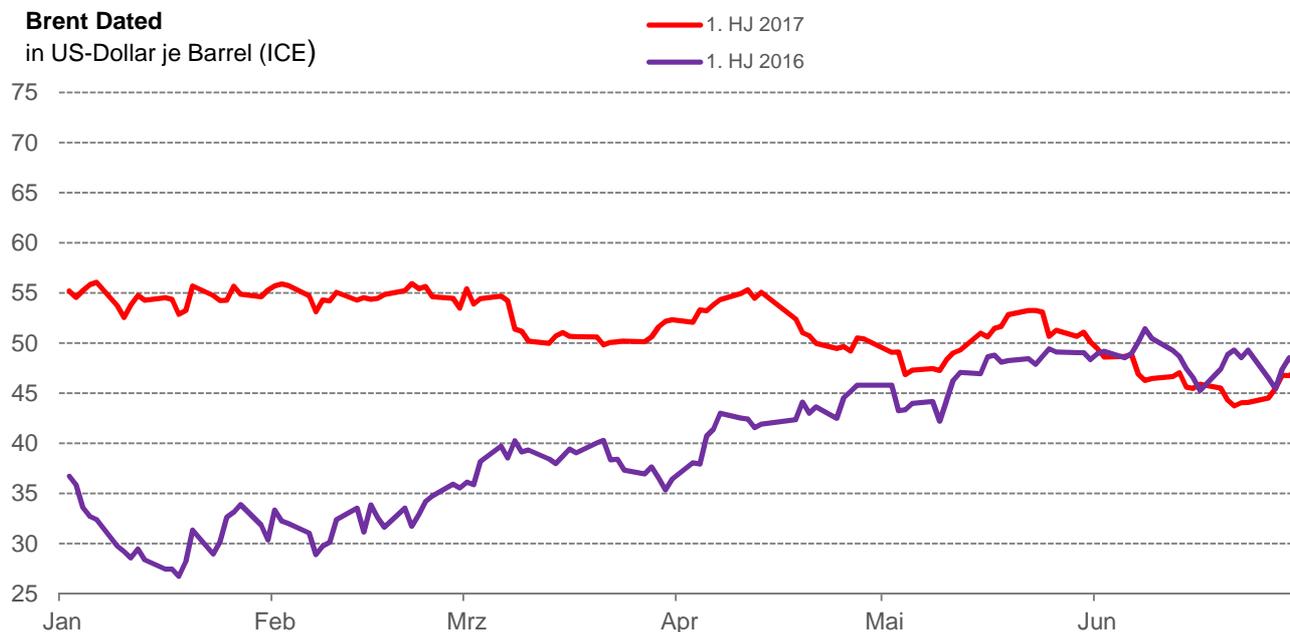
Kohlenotierungen. Die monatlichen Kohlenotierungen (API#2-Index²) für Lieferungen nach Nordwesteuropa fielen ausgehend von dem Halbjahreshoch im Januar 2017 auf ein Halbjahrestief im März 2017, um danach wieder anzusteigen. Ausgehend von 90,29 US-Dollar/t im Januar und dem Tiefststand von 73,16 US-Dollar/t im März bewegten sich die Notierungen in einer Bandbreite von 17,13 US-Dollar/t. Insgesamt lagen die Kohlenotierungen während des ersten Halbjahres 2017 bei durchschnittlich 78,81 US-Dollar/t und damit um 66,5 Prozent höher als im Vergleichszeitraum 2016 (erstes Halbjahr 2016: 47,34 US-Dollar/t).



Nachdem der Kohlepreis im März auf seinen bisherigen Tiefstand absank, stieg er danach auf Grund nachlassender erneuerbarer Windproduktion wieder an. Aktuell bewegt sich der Kohlepreis auf dem jetzt vorherrschenden Niveau seitwärts.

Gestiegenes Ölpreisniveau. Der im zweiten Halbjahr 2016 aufgrund des OPEC-Drosselungs- sowie des OPEC-Quotenbeschlusses einsetzende Anstieg der Ölpreise führte im ersten Halbjahr 2017 zu einem deutlich höheren Preisniveau gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum. So lag das Ölpreisniveau im ersten Halbjahr 2017 bei durchschnittlich 51,54 US-Dollar je Barrel gegenüber durchschnittlich 39,72 US-Dollar je Barrel im ersten Halbjahr 2016. Im Gesamtjahr 2016 lag das Ölpreisniveau bei durchschnittlich 43,72 US-Dollar je Barrel. Der bisherige Höchstwert von 56,06 US-Dollar je Barrel wurde am 6. Januar 2017 erreicht, der bisherige Tiefstwert lag am 21. Juni 2017 bei 43,72 US-Dollar je Barrel.

² API#2-Index: Preis in US-Dollar je metrische Tonne für Importe CIF ARA (Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen) für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg



Sinkendes Preisniveau am CO₂-Markt. Das Futureprodukt der EEX EUA Mid Dec 2017 zeigte im ersten Halbjahr 2017 einen Durchschnittspreis von 5,00 EUR/tCO₂ und lag damit um –12,4 Prozent unter dem Durchschnittspreis des Vergleichszeitraums für das Futureprodukt EUA Mid Dec 2016.

Notierungen für CO ₂ -Zertifikate	1. Halbjahr 2017 EEX Future EUA Mid Dec 2017	2016 EEX Future EUA Mid Dec 2016	1. Halbjahr 2016 EEX Future EUA Mid Dec 2016
in EUR je Tonne CO ₂			
Durchschnitt	5,00	5,34	5,71
Tages-Maximum	6,15	8,12	8,12
Tages-Minimum	4,36	3,91	4,48

2.2 Ausgewählte politische Rahmenbedingungen

Winterpaket der EU-Kommission. Ende November 2016 hat die Europäische Kommission das sogenannte Winterpaket zur Energiepolitik vorgestellt, das einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgase in der EU leisten und dafür sorgen soll, dass Energie bezahlbar sowie Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben. Das Paket umfasst im Wesentlichen vier Richtlinien sowie vier Verordnungen und enthält unter anderem einen Vorschlag für eine bessere Koordinierung der nationalen Energiepolitiken durch abgestimmte nationale Klima- und Energiepläne, eine neue Energieeffizienzrichtlinie, die Weiterentwicklung der Gebäuderichtlinie, eine neue Erneuerbaren-Richtlinie und ein neues europäisches Strommarktdesign. Mit dem Paket sollen auch die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Oktober 2014 zu den europäischen Klima- und Energiezielen für 2030 umgesetzt werden. Das Maßnahmenpaket muss auf EU-Ebene noch vom Europäischen Parlament sowie vom Ministerrat beschlossen werden.

Finanzmarktrichtlinie MiFID II. Im Juni 2014 wurden die Richtlinie für Markets in Financial Instruments (MiFID II) sowie die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Ziel ist es, die Finanzmärkte effizienter, widerstandsfähiger und transparenter zu machen und den Anlegerschutz zu stärken. Am 30. Juni 2016 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union eine Richtlinie sowie eine Verordnung zur Verschiebung des Geltungsbeginns von MiFID II und MiFIR veröffentlicht. Geltungsbeginn ist nun der 3. Januar 2018 und das Datum für die Umsetzung von MiFID II durch die Mitgliedstaaten wurde auf den 3. Juli 2017 verschoben.

Europäischer Emissionshandel. Der Europäische Rat hatte sich im Oktober 2014 auf die Leitlinien für die EU-Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 verständigt. In Bezug auf die Treibhausgase soll bis zum Jahr 2030 eine Reduktion von 40 Prozent (gegenüber dem Basisjahr 1990) erreicht werden. Kernpunkte der im Juli 2015 von der EU-Kommission

vorgeschlagenen Novelle des EU-Emissionshandelssystems sind der sogenannte lineare Reduktionsfaktor in Höhe von 2,2 Prozent und die Festlegung, dass Erlöse aus 310 Mio. auktionierten Zertifikaten in einen Modernisierungsfonds fließen sollen. Mitte Februar 2017 stimmte das Europäische Parlament den Kommissionsvorschlägen zu. Der Rat der EU hat Ende Februar 2017 seine Verhandlungsposition festgelegt und die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufgenommen.

Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG 2017). Bei der EEG-Novelle 2014 wurde entschieden, die Fördersätze für Erneuerbare-Energien-Anlagen in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren zwischen den Anlagenbetreibern zu ermitteln und damit die Entwicklung des EEG in Richtung mehr Marktnähe und Wettbewerb voranzutreiben. Mit der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, dem EEG 2017, soll nun die Grundlage dafür geschaffen werden, die Vergütung des erneuerbaren Stroms ab 2017 nicht wie bisher staatlich festzulegen, sondern durch Ausschreibungen am Markt zu ermitteln. Die Ausschreibung der Förderung hat das Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien stetig und kosteneffizient fortzusetzen.

Mit der Reform des EEG soll das neue Ausschreibungsmodell zur Förderung der erneuerbaren Energien gesetzlich verankert werden. Dabei konzentriert sich das neue Modell auf die Technologien, die den größten Beitrag zur Erreichung der Ausbauziele des EEG 2014 leisten sollen: Windenergie an Land, Windenergie auf See, solare Strahlungsenergie sowie Biomasse. Für die Technologien wird jeweils ein eigenes Ausschreibungsmodell festgelegt, das die Besonderheiten der jeweiligen Technologie berücksichtigt.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit des EEG 2017 mit dem europäischen Beihilferecht konnte bereits Ende August 2016 zwischen dem BMWi und der Europäischen Kommission eine grundsätzliche Verständigung erzielt werden. Der aus den Gesprächen mit der Europäischen Kommission resultierende Anpassungsbedarf im nationalen Recht wurde in einem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung“ umgesetzt, das nach der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat im Dezember 2016 am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist. Am 20. Dezember 2016 erteilte die Europäische Kommission die beihilferechtliche Genehmigung des EEG 2017, so dass das EEG 2017 ebenfalls wie geplant am 1. Januar 2017 in Kraft treten konnte.

KWKG- und EEG-Änderungsgesetz. Am 1. Januar 2017 ist das „Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung“ (KWKG- und EEG-Änderungsgesetz) in Kraft getreten. Mit den Änderungen sollen beihilferechtliche Auflagen der Europäischen Kommission erfüllt werden. Dabei geht es insbesondere um die Einführung von Ausschreibungen und eine Neufassung der Bestimmungen zur Eigenversorgung im EEG. Der Anteil der erneuerbaren Energien im Stromverbrauch soll von derzeit rund 33 Prozent auf 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 steigen.

EnWG-Reform zur Umstellung von L-Gas auf H-Gas. Das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Bevorratung von Erdöl, zur Erhebung von Mineralölsteuern und zur Umstellung auf hochkalorisches Erdgas“ ist am 1. Januar 2017 in Kraft getreten. Mit der Änderung der Vorschrift des § 19a EnWG (Umstellung der Gasqualität von L-Gas auf H-Gas) wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die niederländische und einheimische L-Gas-Produktion rückläufig ist und dadurch eine dauerhafte Umstellung der Gasqualität von L-Gas auf H-Gas erforderlich wird.

Änderungen der Strom- und Gaskonzessionsvergabe. Am 3. Februar 2017 ist das „Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung“ in Kraft getreten. Mit dem Gesetz soll die Vergabe von Strom- und GasnetzkonzeSSIONen künftig rechtssicherer und einfacher werden. Die Neuregelung enthält einige wichtige Klarstellungen und Ergänzungen zur Berechnung des Netzkaufpreises sowie zur Rückverpflichtung im Konzessionsverfahren und erstmals werden auch die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft als mögliche Kriterien der Konzessionsvergabe ausdrücklich im Gesetz genannt.

KWK-Ausschreibungsverordnung (KWKAusV). Mit in Kraft treten diverser Änderungen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) zum 1. Januar 2017 aufgrund des „Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung“ wurden unter anderem Ausschreibungen für KWK-Anlagen im Segment von 1 bis 50 MW elektrischer Leistung und die neue Förderkategorie „innovative KWK-Systeme“ eingeführt. Das Gesetz sieht dabei im Grundsatz vor, dass die Höhe der KWKG-Förderung für diese Anlagen ab dem Winter 2017/2018 wettbewerblich in Ausschreibungen ermittelt werden soll. Details der Ausschreibungen sollen durch eine Verordnung geregelt werden. Dazu hat das BMWi im April 2017 einen Referentenentwurf einer „Verordnung zur Einführung von Ausschreibungen zur Ermittlung der Höhe der Zuschlagszahlungen für KWK-Anlagen und innovative KWK-Systeme (KWKAusV) sowie zur Änderung weiterer Verordnungen“ vorgelegt. Die Verordnung sieht vor, dass die Förderung weiterhin in Form einer festen Zuschlagszahlung in Cent pro Kilowattstunde gewährt wird, allerdings wird die Höhe der Zuschlagszahlung zukünftig über Ausschreibungen ermittelt. Die Ausschreibungen sollen am

1. Dezember 2017 beginnen und grundsätzlich von der BNetzA als ausschreibende Stelle durchgeführt werden. Ende Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag die KWK-Ausschreibungsverordnung beschlossen.

Verordnung zu den gemeinsamen Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land und Solaranlagen (GemAV). Ende Juni 2017 hat der Bundestag einen Verordnungsentwurf des BMWi für gemeinsame Pilotausschreibungen (Verordnung zu den gemeinsamen Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land und Solaranlagen - GemAV) verabschiedet. Im Rahmen der beihilferechtlichen Genehmigung des EEG 2017 hatte die Bundesregierung zugesagt, dass Deutschland in einem Pilotvorhaben Windenergieanlagen an Land sowie Solaranlagen in den Jahren 2018 bis 2020 gemeinsam ausschreiben muss. Das Pilotvorhaben soll dazu dienen Funktionsweise und Wirkungen von energieträgerübergreifenden Ausschreibungen zu erproben und die Ergebnisse auch im Vergleich zur energieträgerspezifischen Ausschreibung zu evaluieren. Der Verordnungsentwurf des BMWi setzt die Vorgaben nach § 39i und § 39j EEG 2017 zu den gemeinsamen Ausschreibungen um und sieht vor, dass die BNetzA in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich gemeinsame Ausschreibungen im Umfang von 400 Megawatt an zwei Gebotsterminen mit jeweils 200 Megawatt Ausschreibungsvolumen durchführt.

Erste Verordnung zur Änderung der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV). Im Mai 2017 wurde vom Bundeskabinett der Entwurf der ersten Verordnung zur Änderung der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV) beschlossen. Der Verordnungsentwurf sieht unter anderem vor, dass die Fernleitungsnetzbetreiber künftig allen Transportkunden untertägige Kapazitäten statt wie bisher auf freiwilliger Basis verpflichtend anzubieten haben. Ferner wird eine Zusammenlegung der beiden bestehenden deutschen Gasmärkte zum 1. April 2022 vorgesehen. Anfang Juli 2017 hat der Bundesrat der Änderung der Gasnetzzugangsverordnung Anfang Juli 2017 zugestimmt.

Erste Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (Ladesäulenverordnung II). Mitte Juni 2017 ist die erste Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (Ladesäulenverordnung II) in Kraft getreten. Mit der Verordnung wurde die Grundlage für das punktuelle Laden an öffentlich zugänglichen Ladesäulen geschaffen. Die Nutzer von Elektrofahrzeugen können zukünftig an öffentlich zugänglichen Ladepunkten laden, ohne einen langfristigen Vertrag insbesondere über die Stromlieferung oder Infrastrukturnutzung abschließen zu müssen. Für bestehende Ladepunkte sieht die Verordnung Bestandsschutzregelungen vor.

Gesetz zur Förderung von Mieterstrom. Am 29. Juni 2017 hat der Bundestag das „Gesetz zur Förderung von Mieterstrom“ (Mieterstromgesetz) verabschiedet. Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der in einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt und an Letztverbraucher, insbesondere Mieter, in direkt räumlichen Zusammenhang mit dem Wohngebäude geliefert wird. Aufgrund des Gesetzes erhalten Vermieter nun auch dann eine Vergütung, wenn der erzeugte Solarstrom an die Mieter verkauft wird. Dabei hängt die Höhe der Vergütung von der Größe der Anlage ab, ist aber deutlich niedriger als bei einer Netzeinspeisung, da für den an Mieter gelieferten Strom keine Netzentgelte gezahlt werden müssen. Das Mieterstromgesetz stellt sicher, dass Mieter ihren Stromanbieter weiterhin frei wählen können und von dem Mieterstrommodell tatsächlich profitieren. Dazu gibt es Vorgaben an die Vertragslaufzeiten, ein Verbot der Kopplung mit dem Mietvertrag und eine Preisobergrenze für Mieterstrom. Das Gesetz ist am 25. Juli 2017 in Kraft getreten.

Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG). Ebenfalls Ende Juni 2017 hat der Bundestag das „Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur“ (NEMoG) verabschiedet. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass ab dem Jahr 2023 in Betrieb gehende dezentral steuerbare Anlagen keine vermiedenen Netzentgelte mehr erhalten und dass für volatil einspeisende erneuerbare Anlagen die vermiedenen Netzentgelte beschleunigt abgeschafft werden. Dabei werden für bestehende Anlagen die vermiedenen Netzentgelte ab 2018 schrittweise bis 2020 abgeschmolzen. Die ab dem Jahr 2018 in Betrieb gehenden Anlagen erhalten keine vermiedenen Netzentgelte mehr. Zudem werden die Entgelte der Übertragungsnetzbetreiber über vier Jahre, beginnend am 1. Januar 2019 in vier Stufen von etwa 20 Prozent vereinheitlicht. Das NEMoG ist bereits im Juli 2017 in wesentlichen Teilen in Kraft getreten.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Veränderungen in der Beteiligungsstruktur

Übernahme von Geschäftsanteilen an der wallbe GmbH. Am 30. Juni 2017 hat sich die SWH im Rahmen einer Kapitalerhöhung mit 25,1 Prozent der Anteile an der wallbe GmbH mit Sitz in Schlangen beteiligt. Die wallbe GmbH ist ein in der Elektromobilität tätiges Unternehmen, das die Herstellung, Entwicklung und den Vertrieb von Ladelösungen zum Gegenstand hat. Die Beteiligung ermöglicht SWH einen beschleunigten Marktzugang zu dem in der neuen Strategie als strategisch relevant eingeschätztes Geschäftsfeld Elektromobilität.

3.2 Wesentliche Ereignisse des Berichtszeitraums

Erstes „enercity BürgerKraftwerk“. Anfang Juni 2017 startete SWH erfolgreich eine Finanzierungsrunde für das erste sogenannte „enercity BürgerKraftwerk“, einer festverzinsten Kapitalanlage in Form eines qualifizierten Nachrangdarlehens. Bei diesem ersten Projekt konnten sich SWH-Stromkunden an einer Photovoltaik-Dachanlage in Herrenhausen finanziell beteiligen. Emittent und Betreiber der Photovoltaikanlage ist die enercity Erneuerbare GmbH, Hannover, (eEG), eine 100 prozentige Tochtergesellschaft der SWH. Ab dem 10. Juni 2017 konnten Anleger Anteile für 500 EUR das Stück zeichnen, wobei ein Anleger maximal drei Anteile für insgesamt 1.500 EUR zeichnen durfte. Die Laufzeit der Kapitalanlage beträgt acht Jahre mit jährlicher Ausschüttung. Sämtliche Anteile waren innerhalb kurzer Zeit verkauft.

3.3 Umwelt und Innovation

Umweltschutz in der SWH-Unternehmensstrategie. SWH ist dem Umwelt- und Klimaschutz in besonderer Weise verpflichtet. Ökologisches Verantwortungsbewusstsein ist als ein Aspekt von nachhaltigem Handeln in der Vision des Unternehmens und seinen Werten verankert. SWH ist im Rahmen des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover“ Umweltschutzverpflichtungen zur CO₂-Reduktion und Ausweitung der Stromerzeugung durch regenerative Energien und KWK bis zum Jahr 2020 eingegangen. Zur Einhaltung hat SWH ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das die vereinbarten Ziele vollumfänglich erfüllt. Eine Fortschreibung der Klima-Allianz-Verpflichtung von SWH bis zum Jahr 2030 wurde darüber hinaus mit der Landeshauptstadt Hannover vereinbart. Bei der Erzeugung von Strom und Wärme setzt SWH auf erneuerbare Energien aber auch noch auf KWK als Instrument der effizienten Brennstoffnutzung. Der Ausbau energieeffizienter Technologien ist täglicher Anspruch.

SWH-Umweltmanagement. Das SWH-Umweltmanagementsystem wird seit 2005 von der Landeshauptstadt Hannover als Ökoprofit-Betrieb ausgezeichnet. Das Umweltmanagement umfasst die maßgeblichen gesetzlichen Anforderungen, ein verbindliches Wertesystem in Form von Umweltleitlinien, festgelegte Instrumente zur Umsetzung der Leitlinien, verantwortliche Funktionsträger und interne Regelungen. Die Einhaltung der Anforderungen wird im Rahmen interner und externer Auditierungen regelmäßig kontrolliert. Die letzte Ökoprofit-Kommissionsprüfung im November 2016 war erfolgreich und SWH erhielt erneut die Auszeichnung als Ökoprofit-Betrieb.

Klima-Allianz Hannover 2020/2030. SWH befindet sich in der Umsetzung des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. Der Ausbau im Geschäftsfeld Contracting auf Basis erneuerbarer Energien entwickelt sich positiv und ist inzwischen die bedeutendste Maßnahme im Klima-Allianz-Maßnahmenprogramm von SWH. Sämtliche Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz 2020 wurden erreicht. SWH setzt sein nachhaltiges Engagement im Klimaschutz fort und hat sich im Rahmen einer Fortschreibung des SWH-Beitrags zur Klima-Allianz neue Ziele bis zum Jahr 2030 gesetzt. Der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung erfährt darin eine herausragende Gewichtung.

Umweltfreundliche Strom- und Wärmeerzeugung. Die Strom- sowie die Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien wurden im ersten Halbjahr 2017 weiter ausgebaut. Die erneuerbaren Energieträger (im Wesentlichen Biomasse, Solarenergie, Wasser und Wind) haben im ersten Halbjahr 2017 insgesamt etwa 1.028 GWh (Gesamtjahr 2016: 1.594 GWh) zur Energieerzeugung beigetragen. Das Ziel von SWH, bis zum Jahr 2020 den Strombedarf aller Tarifkunden im Grundversorgungsgebiet bilanziell durch erneuerbare Energien zu decken, wird bereits seit 2015 erreicht. Auch die KWK spielte weiterhin eine wichtige Rolle. Unter Berücksichtigung von Erzeugungskapazitäten der Beteiligungs-gesellschaften beträgt die Strommenge aus Anlagen, die nach dem Prinzip der KWK betrieben werden, im Berichtszeitraum 1.255 GWh (Gesamtjahr 2016: 2.538 GWh), die Wärmemenge 841 GWh (Gesamtjahr 2016: 1.383 GWh).

	Energieerzeugung		Installierte Leistung	
	in GWh		in MW	
	1. Halbjahr 2017	2016	1. Halbjahr 2017	2016
Stromerzeugung				
Erneuerbare Energien	457	840	246	246
Kraft-Wärme-Kopplung	1.255	2.538	584	684
Wärmeerzeugung				
Erneuerbare Energien	571	754	242	232
Kraft-Wärme-Kopplung	841	1.383	618	618

Contracting. Im Contracting sind 56 biomethan- beziehungsweise biogasbetriebene und 81 erdgasbetriebene BHKW-Anlagen im Einsatz.

Biomassenutzung. Bis zum 30. Juni 2017 ist SWH über die Tochterunternehmen enercity Contracting GmbH, Hannover, (eCG) und Danpower GmbH, Potsdam, (Danpower) sowie die Beteiligung an der Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) an insgesamt 81 Biomasseanlagen, davon 40 Biogasanlagen, 36 Holzfeuerungsanlagen, wovon sechs Anlagen Strom erzeugen, vier Klärgasanlagen sowie einem Ersatzbrennstoffkraftwerk beteiligt. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoffanlage in Bitterfeld ist SWH eine erneuerbare Jahresstromproduktion von etwa 588 GWh (Gesamtjahr 2016: 547 GWh) aus diesen Anlagen zuzurechnen. Auf Grund der durch die EEG-Novellierung veränderten Rahmenbedingungen sind in Deutschland keine wirtschaftlich tragfähigen Neubau-Projekte mehr möglich.

Im Wasserwerk Fuhrberg kommt eine Dampfkesselanlage zum Einsatz, die mit Holzhackschnitzeln aus Waldrestholz eigener Grundwasserschutzwälder befeuert wird. Sie nutzt den Prozess der Kraft-Wärme-Kopplung mittels ORC-Technik (Organic Rankine Cycle). Dieser kleine Dampfkraftprozess wird mit einem organischen Arbeitsmittel betrieben, das durch einen niedrigeren Siedepunkt ermöglicht, elektrische Energie aus der Abwärme zu erzeugen. Aufgrund einer Kesselanlage mit modernster Filtertechnik werden die Staubemissionen minimiert und eine CO₂-Einsparung von circa 500 t/Jahr erreicht. Die Anlage wurde im Rahmen einer Kooperation mit dem Institut Fraunhofer UMSICHT im Oktober 2016 in Betrieb genommen.

enercity Renewables. Seit 2010 engagiert sich SWH verstärkt im Bereich der Windenergie. In dieser Zeit wurden vier Windparks erworben, die zusammen über 200 GWh/a Strom erzeugen. Bis zum Jahr 2025 soll sich diese Menge verdreifachen. Der größte Park im Portfolio liegt in Groß Eilstorf, Niedersachsen, und erzeugt eine erneuerbare Strommenge, die dem Verbrauch von 50.000 Haushalten mit Strom entspricht. Aktuell befinden sich circa 20 Projekte in verschiedenen Entwicklungsstadien.

Elektromobilität. Seit 2010 ist SWH über ihr Tochterunternehmen eCG im Bereich Elektromobilität aktiv. Inzwischen betreibt eCG an 13 Standorten insgesamt 20 öffentlich zugängliche Ladestationen. An allen Ladestationen kommt regenerativ erzeugter Strom zum Einsatz, so dass eine CO₂-freie Mobilität gewährleistet wird. Diese Ladestationen werden von circa 100 E-Autofahrern regelmäßig genutzt. Mit einer neuen Initiative plant SWH zum Vorreiter bei der E-Mobilität zu werden. Das Thema E-Mobilität ist ein wesentlicher Pfeiler der Unternehmensstrategie. Daher wird SWH die Ladeinfrastruktur in Hannover und Umlandkommunen ausbauen, so dass die Verfügbarkeit von Ladeinfrastruktur kein Hindernis für die E-Mobilität sein wird. SWH strebt an, in der Region Hannover erster Ansprechpartner rund um Elektromobilität zu werden sowie deutschlandweit Lösungen für Ladeinfrastruktur als integralen Bestandteil des vertrieblichen Lösungsgeschäftes anzubieten. Der Aufbau von Ladeinfrastruktur ist im Kundenkontakt Ausgangspunkt für weitere Geschäfte. Um einen schnellen Markteinstieg zu erreichen und die eigene Wertschöpfungstiefe zu erhöhen, hat SWH sich mit 25,1 Prozent an der wallbe GmbH beteiligt. Derzeit hat die wallbe GmbH in Deutschland in Summe über die Produktpalette einen Marktanteil von circa 10 Prozent.

Ein weiterer wichtiger Eckpfeiler im Bereich Elektromobilität ist das Thema E-Carsharing. Hier sammelt SWH derzeit mit dem Pilotprojekt e2work Erfahrungen. Bei dem Ansatz von e2work teilen sich SWH und Mitarbeitende die Kosten für ein Elektroauto. Dafür stellen Mitarbeitende ihr Auto während der Arbeitszeit dem Fahrzeugpool zur Verfügung. Außerhalb der Arbeitszeit können Mitarbeitende das Auto privat nutzen. Dieses Geschäftsmodell wird vertrieblich auch Dritten angeboten.

3.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Entwicklung Personalbestand. Der Personalbestand ist im Wesentlichen aufgrund altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeitenden sowie ausgelaufener befristeter Arbeitsverträge gesunken. Der Rückgang der Zahl der Auszubildenden ist auf diejenigen Auszubildenden zurückzuführen, die im ersten Halbjahr 2017 ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben.

Insgesamt hat sich der Personalbestand bei SWH wie folgt entwickelt:

	30.06.2017	31.12.2016
Mitarbeitende gesamt	2.356	2.417
davon Mitarbeitende in Altersteilzeit	12	22
Kaufmännische Auszubildende	26	30
Technische Auszubildende	72	97
Auszubildende gesamt	98	127

4 Darstellung und Analyse der Lage

Unternehmensinternes Steuerungssystem. Die Basis für die interne Steuerung bei SWH sind die Steuerungsgrößen EBIT und ROCE. Das EBIT beschreibt das operative Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern. Die Steuerungskennzahl ROCE ist eine Kapitalrendite vor Steuern. Der ROCE misst den nachhaltig aus dem operativen Geschäft erzielten Erfolg auf das eingesetzte Kapital und zeigt wie effektiv und profitabel SWH mit dem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Er setzt das EBIT in Relation zu dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed spiegelt das im Unternehmen gebundene und zu verzinsende Kapital wider. Es ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Bei SWH zählen hierzu im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen sowie erhaltene Zuschüsse. Im Sinne einer wertorientierten Unternehmenssteuerung verfolgt die SWH-Unternehmensführung einen ROCE, der über den Verzinsungsansprüchen der Kapitalgeber liegt. Auf Grundlage des langfristigen Unternehmenskonzeptes wird die Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals festgelegt.

Auf die einzelnen Fachbereiche von SWH werden Budgets zu Investitionen sowie Kosten und der EBIT im Zielvereinbarungsprozess heruntergebrochen. Dem Vorstand wird über die Entwicklung der Steuerungsgrößen Bericht erstattet.

Darüber hinaus dient zur internen Steuerung und als Indikator für den Erfolg eines Geschäftssegments das EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen). Die Darstellung der Geschäftsparten sowie Art und Umfang der gegebenen Informationen erfolgt nach dem Management Approach und gliedert sich in die Sparten „Strom“, „Gas“, „Wasser“, „Wärme“ und „Dienstleistungen“.

4.1 Ertragslage

Die Ertragslage des ersten Halbjahres 2017 stellt sich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)	01.01.–		Veränderung		
	30.06.2017	30.06.2016	in TEUR	in Prozent	
	in TEUR				
Umsatzerlöse	1.110.916	1.046.726	64.190	6,1	
Materialaufwand	/.	876.243	859.575	16.668	1,9
Rohertag	234.673	187.151	47.522	25,4	
Personalaufwand	/.	100.029	102.180	-2.151	-2,1
Übrige betriebliche Aufwendungen ¹⁾	/.	40.353	34.381	5.972	17,4
Übrige betriebliche Erträge ²⁾	+	8.089	11.951	-3.862	-32,3
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	+	73.210	68.295	4.915	7,2
EBITDA	175.590	130.836	44.754	34,2	
Abschreibungen (inkl. Zuschreibungen)	/.	70.977	55.357	15.620	28,2
EBIT	104.613	75.479	29.134	38,6	
Zinsergebnis	+	-12.135	-15.929	3.794	-23,8
Ergebnis vor Steuern	92.478	59.550	32.928	55,3	
Ertragsteuern	/.	2.648	1.427	1.221	85,6
Erfolgsunabhängige Steuern	/.	732	1.167	-435	-37,3
Ergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf Genussscheine	89.098	56.956	32.142	56,4	
Gewinnabführung	/.	75.138	45.325	29.813	65,8
Ausschüttung auf Genussscheine	/.	2.710	1.631	1.079	66,2
Einstellung in Gewinnrücklagen	/.	11.250	10.000	1.250	12,5
Bilanzgewinn	0	0	0	0,0	

¹⁾ Inklusive Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen (30. Juni 2017: -1.040 TEUR; 30. Juni 2016: -865 TEUR).

²⁾ Inklusive andere aktivierte Eigenleistungen (30. Juni 2017: 1.940 TEUR; 30. Juni 2016: 2.737 TEUR).

Die SWH erwirtschaftete den Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Grundversorgungsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar.

Umsatzerlöse. Im ersten Halbjahr 2017 hat die SWH Umsatzerlöse von 1.110,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1.046,7 Mio. EUR) erwirtschaftet. In der Sparte Strom, welche mit einem Anteil von 45,3 Prozent (Vorjahr: 48,3 Prozent) am Gesamtumsatz weiterhin die größte Sparte ist, wurden Erlöse in Höhe von 503,6 Mio. EUR (Vorjahr: 505,6 Mio. EUR) erzielt. In der Sparte Gas wurden Erlöse in Höhe von insgesamt 449,6 Mio. EUR (Vorjahr: 375,3 Mio. EUR) erzielt. Die Gassparte ist mit einem Anteil an den gesamten Umsatzerlösen von 40,5 Prozent (Vorjahr: 35,9 Prozent) die zweitgrößte Sparte der SWH. Die Erlöse der Sparten Wasser (42,2 Mio. EUR; Vorjahr: 42,2 Mio. EUR) und Fernwärme (44,1 Mio. EUR; Vorjahr: 45,8 Mio. EUR) beinhalten hauptsächlich Erlöse aus der Lieferung von Wasser und Fernwärme an Kunden im Konzessionsgebiet. Die Umsatzerlöse im Dienstleistungsbereich (71,4 Mio. EUR; Vorjahr: 77,8 Mio. EUR) entfallen insbesondere auf den Verkauf von Kohle an Kraftwerksgesellschaften, Erlöse aus Betriebsführungen und Nebengeschäfte.

Materialaufwand. Die Materialaufwendungen, die im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme enthalten, betragen insgesamt 876,2 Mio. EUR (Vorjahr: 859,6 Mio. EUR). Hiervon entfallen 395,0 Mio. EUR

(Vorjahr: 337,7 Mio. EUR) auf Aufwendungen im Zusammenhang mit Strom- und Gashandelsgeschäften. Von Gemeinschaftskraftwerken wurden Strom und Wärme in Höhe von 71,0 Mio. EUR (Vorjahr: 106,0 Mio. EUR) bezogen. Die Konzessionsabgabenzahlungen an Städte und Gemeinden im Konzessionsgebiet der SWH entsprechen den diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden Absatz- beziehungsweise Umsatzentwicklungen. Sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet und betragen 22,2 Mio. EUR (Vorjahr: 22,6 Mio. EUR). Da der Materialaufwand insgesamt nicht so stark gestiegen ist wie die Umsatzerlöse, verbesserte sich der Rohertrag gegenüber dem Vorjahr deutlich um 47,5 Mio. EUR auf 234,7 Mio. EUR.

Personalaufwand. Der Personalaufwand des ersten Halbjahres hat sich insbesondere aufgrund gesunkener Beschäftigtenzahlen von 102,2 Mio. EUR um 2,2 Mio. EUR auf 100,0 Mio. EUR verringert. Dabei wurde der Rückgang jedoch durch die tarifvertragliche Entgelterhöhung zum 1. Februar 2017 teilweise kompensiert.

Übrige betriebliche Aufwendungen und Erträge. Die übrigen betrieblichen Aufwendungen (40,4 Mio. EUR; Vorjahr: 34,2 Mio. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Erträge (8,1 Mio. EUR; Vorjahr: 12,0 Mio. EUR) betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Dienst- und Fremddienstleistungen, Mieten, Pachten und sonstige Nutzungsentgelte sowie Erträge aus Erstattungen, Zuschüssen und dem Verbrauch sowie der Auflösung von Rückstellungen.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen. Der Anstieg des Beteiligungsergebnisses und Zinserträge aus Ausleihungen um 4,9 Mio. EUR auf 73,2 Mio. EUR resultiert bei verringerten Zinserträgen aus Ausleihungen (0,7 Mio. EUR; Vorjahr: 1,5 Mio. EUR) aus einem gestiegenen Beteiligungsergebnis (68,1 Mio. EUR; Vorjahr: 64,3 Mio. EUR). Das gestiegene Beteiligungsergebnis ist auf gegenüber dem Vorjahr höhere Erträge aus den Beteiligungen an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München, sowie der Danpower zurückzuführen. Das Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen aufgrund einer Gewinnabführung der enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover, (eNG) um insgesamt 1,8 Mio. EUR auf 4,4 Mio. EUR gestiegen.

Abschreibungen. Die Abschreibungen in Höhe von insgesamt 71,0 Mio. EUR (Vorjahr: 55,4 Mio. EUR) beinhalten mit 41,5 Mio. EUR (Vorjahr: 31,9 Mio. EUR) die vollständige Abwertung der Beteiligung an der Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover; (KWM) (Vorjahr: 28,2 Mio. EUR). Die Abschreibung auf KWM spiegelt primär die schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken wider.

Nach Bedienung des Genussscheinkapitals in Höhe von 2,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1,6 Mio. EUR) würde sich ein entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der VVG abzuführender Gewinn von 75,1 Mio. EUR (Vorjahr: 45,3 Mio. EUR) ergeben. Ein Betrag von 11,3 Mio. EUR (Vorjahr: 10,0 Mio. EUR) wird zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

4.2 Finanzlage

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergeben sich wie folgt:

	30.06.2017	30.06.2016
	in TEUR	in TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	78.692	41.080
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-10.370	-1.729
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-62.129	-10.997
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	6.193	28.354
Finanzmittelfonds am 01.01.	9.778	6.323
Finanzmittelfonds am 30.06.	15.971	34.677
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	30.06.2017	30.06.2016
Liquide Mittel	12.384	31.090
Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.587	3.587
Finanzmittelfonds	15.971	34.677

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich entsprechend des operativen Geschäftsverlaufs verbessert (78,7 Mio. EUR; Vorjahr: 41,1 Mio. EUR).

Die Rückgang des Cashflows aus der Investitionstätigkeit (–10,4 Mio. EUR; Vorjahr: –1,7 Mio. EUR) ergibt sich überwiegend aus insgesamt gestiegenen Mittelabflüssen für die Investitionstätigkeit in das Anlagevermögen (–29,3 Mio. EUR; Vorjahr: –17,4 Mio. EUR). Ursächlich hierfür sind bei leicht gesunkenen Investitionsauszahlungen für das Sachanlagevermögen (24,3 Mio. EUR; Vorjahr: 25,9 Mio. EUR) der gegenüber dem Vorjahr vorhandene Mittelabfluss aus dem Finanzanlagevermögen (–5,3 Mio. EUR; Vorjahr: 8,2 Mio. EUR). Den gestiegenen Mittelabflüssen für die Investitionstätigkeit stehen gestiegene Mittelzuflüsse aus erhaltenen Zinsen und Dividenden (18,9 Mio. EUR; Vorjahr: 15,7 Mio. EUR) gegenüber.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit (62,1 Mio. EUR; Vorjahr: 11,0 Mio. EUR) sind stark gestiegen. Dies resultiert insbesondere aus gestiegenen Auszahlungen an die Anteilseigner und Genussscheininhaber und der im Vergleich zum Vorjahr erfolgten Tilgung von Krediten.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungs- und Investitionstätigkeit konnten durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit mehr als gedeckt werden, sodass der Finanzmittelfonds um 6,2 Mio. EUR (Vorjahr: 28,4 Mio. EUR) zugenommen hat.

4.3 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur der SWH stellt sich wie folgt dar:

Bilanz (Kurzfassung)	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Anlagevermögen	1.202.292	1.241.988	–39.696	–3,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.634	11.721	–87	–0,7
Sachanlagen	507.805	513.066	–5.261	–1,0
Finanzanlagen	682.853	717.201	–34.348	–4,8
Umlaufvermögen inkl. RAP	290.215	239.105	51.110	21,4
Vorräte	38.605	39.433	–828	–2,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	233.344	188.756	44.588	23,6
Wertpapiere und flüssige Mittel	15.971	9.778	6.193	63,3
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	2.295	1.138	1.157	>100
Bilanzsumme Aktiva	1.492.507	1.481.093	11.414	0,8
Eigenkapital	474.477	463.227	11.250	2,4
Zuschüsse	95.131	95.374	–243	–0,3
Rückstellungen	184.471	186.380	–1.909	–1,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	596.000	610.800	–14.800	–2,4
Sonstige Verbindlichkeiten	140.810	123.603	17.207	13,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1.618	1.709	–91	–5,3
Bilanzsumme Passiva	1.492.507	1.481.093	11.414	0,8

Die Bilanzsumme der SWH ist gegenüber dem 31. Dezember 2016 um 11,4 Mio. EUR auf 1.492,5 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg der Aktiva resultiert aus einem gegenüber dem gesunkenen Anlagevermögen deutlich gestiegenen Umlaufvermögen. Auf der Passivseite stieg primär das Eigenkapital.

Aktiva. Das Anlagevermögen hat sich im Wesentlichen abschreibungsbedingt insgesamt um 39,7 Mio. EUR auf 1.202,3 Mio. EUR (Vorjahr: 1.242,0 Mio. EUR) vermindert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einer Verminderung der Finanzanlagen um insgesamt 34,3 Mio. EUR auf 682,9 Mio. EUR (Vorjahr: 717,2 Mio. EUR). Hier wirkt sich insbesondere die Wertminderung der Beteiligung an der KWM in Höhe von 41,5 Mio. EUR (Vorjahr: 28,2 Mio. EUR) aus, die sich hauptsächlich aufgrund der nach wie vor schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken ergibt. Der Wertminderung stehen im Wesentlichen ein Anstieg der Ausleihungen an verbun-

dene Unternehmen in Höhe von 3,1 Mio. EUR sowie Investitionen in Beteiligungen in Höhe von insgesamt 2,2 Mio. EUR und in Wertpapiere in Höhe von 1,8 Mio. EUR entgegen.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 51,1 Mio. EUR auf 290,2 Mio. EUR gestiegen. Dabei haben sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände insbesondere in Folge gestiegener Forderungen gegen Beteiligungen aus den laufenden Leistungsbeziehungen und Ergebnisabführungen/-ausschüttungen um insgesamt 44,6 Mio. EUR auf 233,3 Mio. EUR erhöht. Zudem stieg der Bestand an flüssigen Mitteln stichtagsbedingt an.

Passiva. Das Eigenkapital hat sich durch die teilweise Einstellung des Ergebnisses zum 30. Juni 2017 in die Gewinnrücklagen um 11,3 Mio. EUR erhöht. Insgesamt hat sich die Eigenkapitalquote damit auf 31,8 Prozent (Vorjahr: 29,6 Prozent) verbessert.

Die Verbindlichkeiten sind insgesamt gegenüber dem 31. Dezember 2016 um 2,4 Mio. EUR auf 736,8 Mio. EUR gestiegen. Dieser geringe Anstieg wird im Wesentlichen durch gestiegene Verbindlichkeiten aus den Liefer- und Leistungsbeziehungen bei gleichzeitig geringeren Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und durch die Tilgung geringere Bankverbindlichkeiten verursacht.

4.4 Gesamtaussage zur Lage

Kennzahlen zur Gesamtlage	30.06.2017	30.06.2016	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	
EBITDA	175.590	130.836	34,2
EBIT	104.613	75.479	38,6
durchschnittliches Capital Employed	1.182.947	1.218.362	-2,9
Net Debt	583.616	590.910	-1,2
ROCE	8,8 %	6,2 %	41,9
Ratio Net Debt/EBITDA	3,3	4,5	-26,7

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.110,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1.046,7 Mio. EUR) wurden unverändert insbesondere in den Sparten Strom und Gas erzielt. Die Materialaufwendungen in Höhe von 876,2 Mio. EUR (Vorjahr: 859,6 Mio. EUR) führen zu einem Rohertrag in Höhe von 234,7 Mio. EUR (Vorjahr: 187,1 Mio. EUR). Das EBIT („Earnings before Interest and Taxes“ = Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis) der SWH beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2017 104,6 Mio. EUR und liegt damit um 38,6 Prozent beziehungsweise um 29,1 Mio. EUR über dem EBIT zum 30. Juni 2016 (75,5 Mio. EUR). Da das durchschnittliche Capital Employed (1.182,9 Mio. EUR; Vorjahr: 1.218,4 Mio. EUR) leicht gesunken ist, ergibt sich ein zum Vergleichszeitraum gestiegener ROCE („Return on Capital Employed“) von 8,8 Prozent (Vorjahr: 6,2 Prozent). Das Halbjahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf die Genussscheine liegt bei 89,1 Mio. EUR (Vorjahr: 57,0 Mio. EUR).

Das Net Debt ist zum 30. Juni 2017 gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum aufgrund gegenüber den flüssigen Mitteln stärker gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,2 Prozent beziehungsweise um 7,3 Mio. EUR auf 583,6 Mio. EUR zurückgegangen. Der gleichzeitige Anstieg des EBITDA um 34,2 Prozent beziehungsweise 44,8 Mio. EUR auf 175,6 Mio. EUR ergibt eine Verbesserung der Halbjahres-Ratio um 26,7 Prozent auf 3,3. Auch für die Ratio zum Jahresende wird eine leichte Verbesserung erwartet.

Insgesamt zeigt sich im ersten Halbjahr 2017 unter weiterhin schwierigen Marktbedingungen eine Entwicklung auf Basis der Planung für 2017. Es wird von einer leicht über Vorjahresniveau liegenden Ertragslage ausgegangen.

5 Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des ersten Halbjahres 2017 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen wir einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWH erwarten.

Ansonsten wird auf die Ausführungen im entsprechenden Abschnitt des Anhangs der SWH für das erste Halbjahr 2017 verwiesen.

6 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

6.1 Erwartete Entwicklung von SWH

Für Aussagen hinsichtlich der erwarteten künftigen Entwicklung von SWH, der Ertrags- und Finanzlage sowie der relevanten wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen als wesentliche Einflussfaktoren wird grundsätzlich auf die Ausführungen im letzten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 verwiesen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird weiterhin ein auf Planniveau liegendes Jahresergebnis erwartet.

Grundsätzlich basieren im Rahmen der Prognoseberichterstattung getroffene zukunftsgerichtete Aussagen auf den gegenwärtigen Annahmen und Einschätzungen der Unternehmensleitung zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Zwischenlageberichts und sind daher grundsätzlich Ungewissheiten und dem Risiko unterworfen, dass die tatsächliche Geschäftsentwicklung sowie die Ertrags- und Finanzlage der SWH im Ergebnis von der prognostizierten Entwicklung abweichen können.

6.2 Chancen- und Risikobericht

Für die Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken wird unverändert auf den Lagebericht der SWH zum 31. Dezember 2016 verwiesen.

Der anhaltende Strompreisverfall bleibt von besonderer Bedeutung für die zukünftige Ertragsentwicklung in der Produktion. Die Wirtschaftlichkeit der Speichervermarktung kann zudem durch rückläufige Preisunterschiede zwischen Sommer- und Wintergasmengen beeinträchtigt werden. Die Risikokategorie „Finanzwirtschaftliche Risiken“ stellt weiterhin den höchsten Anteil der möglichen gesamten Nettoschadenshöhe dar.

Im ersten Halbjahr wurden Risikomeldungen unter anderem zum Kraftwerk Mehrum erstellt. Diese betrafen die Nichtverfügbarkeit des Kraftwerks durch einen Kesselschaden, überplanmäßige Beteiligungsabwertung an KWM und ungeplante Mehrkosten bei Stilllegung des Kraftwerks. Beim Forderungsmanagement ist ein Risiko in Verbindung mit der Insolvenz einer Papierfabrik aufgetreten.

Die Unternehmensleitung hat keine neuen Erkenntnisse darüber, dass sich die im letzten Lagebericht abgegebenen wesentlichen Prognosen und sonstigen Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens für das laufende Geschäftsjahr wesentlich verändert haben. Gegenwärtig wurden somit keine Risiken identifiziert, die in Anbetracht ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unternehmensleitung geht weiterhin davon aus, dass die Ertragskraft des Unternehmens eine solide Basis für die künftige Geschäftsentwicklung bildet.

Hannover, den 14. August 2017

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Bilanz zum 30. Juni 2017

Aktiva in TEUR	30.06.2017	30.06.2017	31.12.2016
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		11.634	11.721
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	30.703		31.216
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	113.466		119.613
3. Verteilungsanlagen	276.268		285.028
4. Technische Anlagen und Maschinen	44.551		46.195
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.487		6.360
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	36.330		24.654
		507.805	513.066
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	86.228		127.691
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	69.848		66.703
3. Beteiligungen	502.647		500.426
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.881		4.881
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	18.742		16.932
6. Sonstige Ausleihungen	507		568
		682.853	717.201
		1.202.292	1.241.988
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.828		9.745
2. Unfertige Leistungen	2.874		1.834
3. Waren	29.903		27.854
		38.605	39.433
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	302.690		339.798
abzüglich erhaltene Anzahlungen	-201.468		-232.895
	101.222		106.903
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	67.469		62.718
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	50.043		1.272
4. Sonstige Vermögensgegenstände	14.610		17.863
		233.344	188.756
III. Wertpapiere			
Eigene Genussscheine	3.587		3.587
		3.587	3.587
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
		12.384	6.191
		287.920	237.967
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.295	1.138
		1.492.507	1.481.093

Passiva in TEUR	30.06.2017	30.06.2017	31.12.2016
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	86.000		86.000
II. Kapitalrücklage	78.535		78.535
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	304.829		293.579
IV. Genussscheinkapital	5.113		5.113
		474.477	463.227
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		9.742	9.600
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		85.389	85.774
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	22.058		21.815
2. Sonstige Rückstellungen	161.070		164.565
		184.471	186.380
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	596.000		610.800
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	51.989		34.906
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	40.831		46.025
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.183		10.451
5. Sonstige Verbindlichkeiten	34.807		32.221
davon aus Steuern: TEUR 2.324 (31.12.2016: TEUR 2.549) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR -59 (31.12.2016: TEUR 0)			
		736.810	734.403
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1.618	1.709
		1.492.507	1.481.093

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 30. Juni 2017

in TEUR			1. Halbjahr 2017	1. Halbjahr 2016
1. Umsatzerlöse (brutto)			1.151.225	1.098.466
abzüglich Energiesteuer			-40.309	-51.740
			1.110.916	1.046.726
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen			1.040	865
3. Andere aktivierte Eigenleistungen			1.940	2.737
4. Sonstige betriebliche Erträge			6.149	9.214
			1.120.045	1.059.542
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			-704.583	-674.032
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
davon Konzessionsabgabe	in TEUR	-22.218 (Vj.: TEUR -22.586)	-171.660	-185.543
			-876.243	-859.575
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter			-78.804	-80.655
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			-21.225	-21.525
			-100.029	-102.180
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-29.514	-23.468
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-41.393	-35.246
			-1.047.179	-1.020.469
9. Betriebsergebnis			72.866	39.073
10. Erträge aus Beteiligungen				
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	9.383 (Vj.: TEUR 8.162)	68.131	64.282
11. Aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter	in TEUR	63 (Vj.: TEUR 63)	6.277	5.674
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	665 (Vj.: TEUR 1.351)	694	1.464
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	139 (Vj.: TEUR 144)	1.054	1.949
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen			-41.463	-31.889
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-1.892	-3.125
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR	-4 (Vj.: TEUR -13)	-13.189	-17.878
			19.612	20.477
17. Ergebnis vor Steuern			92.478	59.550
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-2.648	-1.427
19. Ergebnis nach Steuern			89.830	58.123
20. Sonstige Steuern			-732	-1.167
21. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn			-75.138	-45.325
22. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital			13.960	11.631
23. Ausschüttung auf Genussscheinkapital			-2.710	-1.631
24. Jahresüberschuss			11.250	10.000
25. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			-11.250	-10.000
26. Bilanzgewinn			0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Verkürzter Anhang für das erste Halbjahr 2017

1 Allgemeine Angaben

Der verkürzte Zwischenabschluss der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (Stadtwerke Hannover AG) zum 30. Juni 2017 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt worden. Im zweiten Halbjahr 2016 wurde das Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, (GKL), auf die Stadtwerke Hannover AG verschmolzen. Aufgrund der Verschmelzung kommt es zu einzelnen Abweichungen innerhalb der Bilanz- sowie der Gewinn- und Verlustrechnungsposten. Wesentliche Abweichungen innerhalb der betroffenen Posten werden unter den Punkten 3.1. und 3.2. erläutert.

Die Stadtwerke Hannover AG, mit der am Amtsgericht Hannover eingetragenen Handelsregisternummer HRB-Nr. 6766, hat ihren Sitz in Hannover.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Ausweis in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung folgt den handelsrechtlichen Gliederungsvorschriften. Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde eine weitere Untergliederung von Posten vorgenommen, indem branchenspezifische und sonstige Posten im Sinne einer erhöhten Klarheit und Übersichtlichkeit hinzugefügt wurden. Für empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse erfolgt ein passivischer Ausweis in gesonderten Posten.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Dem verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2017 wurden grundsätzlich dieselben Rechnungslegungsgrundsätze zugrunde gelegt, die auch auf den vorangegangenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 der Stadtwerke Hannover AG Anwendung fanden. Für eine Darstellung der maßgeblichen Bilanzierungs- sowie Bewertungsmethoden wird daher auf die Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2016 verwiesen.

Ertragsteuern wurden auf der Grundlage eines durchschnittlichen Ertragsteuersatzes in Höhe von 15,8 Prozent erfasst. Dieser wird auf die an die außenstehenden Aktionäre abzuführende Mindestdividende angewendet.

3 Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des ersten Halbjahres 2017 im Anlagenspiegel dargestellt. Hierfür verweisen wir auf die Anlage zu diesem Anhang.

Im ersten Halbjahr 2017 gab es unmittelbare Beteiligungserwerbe und -verkäufe. Am 30. Juni 2017 hat sich die SWH insbesondere im Rahmen einer Kapitalerhöhung mit 25,1 Prozent an der wallbe GmbH mit Sitz in Schlangen beteiligt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Mitzugehörigkeit der **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen** zu anderen Posten der Bilanz stellt sich wie folgt dar:

Forderungen in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.801	-381	779	1.467
Forderungen aus Finanzierungsverkehr	59.324	57.135	102	-199
Forderungen aus Beteiligungserträgen	0	0	49.162	4
Forderungen aus Unternehmensverträgen	4.344	5.964	0	0
Gesamt	67.469	62.718	50.043	1.272

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 86,0 Mio. EUR und ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je 5,00 Euro, wovon die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) 12.914.742 Aktien hält.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage enthält den gesetzlichen Reservefonds in Höhe von unverändert 11,4 Mio. EUR.

Gewinnrücklagen

Aus dem Ergebnis des ersten Halbjahres 2017 wurden 11,3 Mio. EUR aus dem Jahresüberschuss in die Gewinnrücklagen eingestellt. Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 6 S. 1 und 3 HGB für die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen beträgt zum 30. Juni 2017 2,2 Mio. EUR.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Personalarückstellungen (54,2 Mio. EUR; 31.12.2016: 57,4 Mio. EUR), Rückstellungen für die Rehabilitierung von Netzen und sonstigen Anlagen (30,3 Mio. EUR; 31.12.2016: 29,5 Mio. EUR), Rückstellungen für ausstehende Netznutzungs- und Bezugsrechnungen (21,4 Mio. EUR; 31.12.2016: 19,7 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für drohende Verluste (10,0 Mio. EUR; 31.12.2016: 10,6 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten in TEUR	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	596.000	128.000	468.000	361.000	107.000
(Stand 31.12.2016)	(610.800)	(142.800)	(468.000)	(361.000)	(107.000)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	51.989	51.989	0	0	0
(Stand 31.12.2016)	(34.906)	(34.906)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	40.831	40.831	0	0	0
(Stand 31.12.2016)	(46.025)	(46.025)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.183	13.183	0	0	0
(Stand 31.12.2016)	(10.451)	(10.451)	(0)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	34.807	34.807	0	0	0
(Stand 31.12.2016)	(32.221)	(32.221)	(0)	(0)	(0)
Gesamt	736.810	268.810	468.000	361.000	107.000
(Stand 31.12.2016)	(734.403)	(266.403)	(468.000)	(361.000)	(107.000)

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung	48.679	12.781	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-21.727	33.573	1.687	296
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsverkehr	12.177	-1.721	11.496	10.155
Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme	1.702	1.392	0	0
Gesamt	40.831	46.025	13.183	10.451

Derivate

Die Stadtwerke Hannover AG setzen derivative Finanzinstrumente (Sicherungsinstrumente) zur Absicherung von zukünftigen Zahlungsströmen aus Darlehen und Wareneinkäufen (Grundgeschäfte) ein. Dafür werden als Sicherungsinstrumente Zinsswaps, Devisentermingeschäfte, Kohleswaps und Ölswaps abgeschlossen. Zur Absicherung werden sowohl Micro-, Macro- als auch Portfoliehedges und Vertragsportfolien nach IDW ÖFA 3 gebildet. Ein dokumentiertes, angemessenes und funktionsfähiges internes Risikomanagement wurde eingerichtet.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer) des ersten Halbjahres 2017 nach Geschäftsbereichen ergibt sich wie folgt:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen	1. Halbjahr	1. Halbjahr
in TEUR	2017	2016
Strom	503.605	505.588
Gas	449.589	375.306
Wärme	44.076	45.800
Wasser	42.203	42.164
Dienstleistungen	71.443	77.868
Gesamt	1.110.916	1.046.726

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Inland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 3,7 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 2,7 Mio. EUR) enthalten.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtszeitraum 5,9 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 6,1 Mio. EUR).

Abschreibungen

Aus der Verschmelzung des GKL ergeben sich Abschreibungen in Höhe von 4,9 Mio. EUR, die zu einem Anstieg der Abschreibungen geführt haben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,7 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 1,2 Mio. EUR) enthalten.

Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind aufgrund der Verschmelzung des GKL (1. Halbjahr 2016: 0,7 Mio. EUR von GKL) gesunken.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und Erträge in Höhe von 1,1 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 1,9 Mio. EUR) enthalten im ersten Halbjahr 2017 keine Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen (1. Halbjahr 2016: 0,6 Mio. EUR).

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im ersten Halbjahr 2017 wurde eine vollständige Abschreibung auf die Tochtergesellschaft Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, in Höhe von 41,5 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 28,2 Mio. EUR) vorgenommen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen wurden in Höhe von 2,9 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 3,6 Mio. EUR) erfasst.

3.3 Angaben zum Halbjahresergebnis

Die Stadtwerke Hannover AG würde stichtagsbedingt entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag 75,1 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 45,3 Mio. EUR) an die VVG abzuführen. In diesem Betrag sind 14,2 Mio. Euro (1. Halbjahr 2016: 7,7 Mio. EUR) Mindestdividende an außenstehende Aktionäre enthalten. Auf das Genussscheinkapital würde sich eine Ausschüttung von 2,7 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 1,6 Mio. EUR) ergeben. Der verbleibende Jahresüberschuss von 11,3 Mio. EUR (1. Halbjahr 2016: 10,0 Mio. EUR) wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

3.4 Sonstige Angaben

3.4.1 Vorstand

In der personellen Besetzung des Vorstands der Stadtwerke Hannover AG hat es während des Geschäftsjahres Veränderungen gegeben. Herr Jochen Westerholz hat seine Tätigkeit als Arbeitsdirektor zum 10. Februar 2017 an seinen Nachfolger Herrn Kai-Uwe Weitz, welcher ab dem 1. Januar 2017 Vorstandsmitglied ist, übergeben und ist zum 31. März 2017 in den Ruhestand gegangen. Herr Prof. Dr. Marc Hansmann ist seit dem 1. April 2017 neues Vorstandsmitglied.

Die Mitglieder des Vorstands sind:

- Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler
- Kai-Uwe Weitz, Arbeitsdirektor (seit 11. Februar 2017)
- Prof. Dr. Marc Hansmann (seit 1. April 2017)
- Rechtsanwalt Jochen Westerholz, Arbeitsdirektor (bis 10. Februar 2017)

3.4.2 Belegschaft

Im ersten Halbjahr 2017 waren durchschnittlich im Unternehmen 2.372 Mitarbeitende (1. Halbjahr 2016: 2.469 Mitarbeitende) beschäftigt. Die Mitarbeitenden verteilen sich dabei wie folgt:

	1. Halbjahr 2017	1. Halbjahr 2016
Mitarbeitende	2.372	2.469
davon Gehaltsempfänger	1.616	1.664
davon Lohnempfänger	652	698
davon Auszubildende	104	107

3.4.3 Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Haftungsverhältnisse

Gegenüber einem Kreditinstitut wurde für ein Darlehen der Danpower GmbH, Potsdam (verbundenes Unternehmen), eine Ankaufsverpflichtung von bis zu 9,1 Mio. EUR bis zum Zeitpunkt der Tilgung des Darlehens eingegangen. Zum Bilanzstichtag 30. Juni 2017 ist mit einer künftigen Inanspruchnahme aus dieser Ankaufsverpflichtung nicht zu rechnen. Die Verpflichtungen aus dem zugrunde liegenden Darlehen wurden von der Danpower GmbH bisher vertragskonform erfüllt. Darüber hinaus wurde gegenüber einem weiteren Kreditinstitut eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 0,3 Mio. EUR für eine Beteiligungsgesellschaft übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Infolge der langfristigen Anmietung des Verwaltungsgebäudes Ihmeplatz 2, Hannover, bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von bis zu 3,5 Jahren in Höhe von 8,7 Mio. EUR. Des Weiteren liegt aufgrund der Anmietung des Kundencenter Ständehausstraße 6, Hannover, eine Mietverpflichtung mit einer Restlaufzeit von ebenfalls 3,5 Jahren in Höhe von 1,1 Mio. EUR vor.

Durch die Anmietung der Gebäude in den Standorten Ricklingen und Glocksee bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von 8,5 Jahren in Höhe von 46,2 Mio. EUR (davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 46,2 Mio. EUR).

Darüber hinaus bestehen am Stichtag Verpflichtungen aus dem Pachtvertrag mit einer Restlaufzeit von 9,5 Jahren für ein Strom- und Wasserversorgungsnetz sowie mit einer Restlaufzeit von 15,5 Jahren für ein Gasversorgungsnetz mit den Netzgesellschaften Laatzten. Für das Wasser- und Stromnetz ist eine jährliche Mindestpacht mit einer Restlaufzeit von 9,5 Jahren von insgesamt 7,9 Mio. EUR vereinbart; der Pachtzins für das Gasnetz ist variabel. Im ersten Halbjahr 2017 sind Pachtaufwendungen von insgesamt 1,6 Mio. EUR entstanden.

Für Kfz-Leasing bestehen Verpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Aus Darlehenszusagen gegenüber Beteiligungsunternehmen bestehen finanzielle Verpflichtungen von insgesamt 44,3 Mio. EUR; davon wurden gegenüber den verbundenen Unternehmen Zusagen zu langfristigen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 44,3 Mio. EUR gemacht.

3.4.4 Konzernverhältnisse

Die Konzernverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

3.4.5 Prüfung des Halbjahresabschlusses

Der aufgestellte Halbjahresabschluss wurde nicht von einem Abschlussprüfer geprüft.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Hannover, den 14. August 2017

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Zapreva-Hennerbichler

Weitz

Prof. Dr. Hansmann

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 30.06.2017	Stand 01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 30.06.2017	Stand 30.06.2017	Stand 31.12.2016
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	65.868	72	13	2.220	68.147	54.147	2.379	13	0	0	56.513	11.634	11.721
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	112.403	319	15	33	112.740	81.187	864	14	0	0	82.037	30.703	31.216
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	361.019	115	19	71	361.186	241.406	6.333	19	0	0	247.720	113.466	119.613
3. Verteilungsanlagen	1.452.201	3.039	1.161	3.187	1.457.266	1.167.173	14.886	1.061	0	0	1.180.998	276.268	285.028
4. Technische Anlagen und Maschinen	233.945	1.102	1.601	941	234.387	187.750	3.631	1.545	0	0	189.836	44.551	46.195
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.217	711	785	839	64.982	57.857	1.421	783	0	0	58.495	6.487	6.360
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	24.654	18.967	0	-7.291	36.330	0	0	0	0	0	36.330	36.330	24.654
	2.248.439	24.253	3.581	-2.220	2.266.891	1.735.373	27.135	3.422	0	0	1.759.086	507.805	513.066
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	278.123	0	0	0	278.123	150.432	41.463	0	0	0	191.895	86.228	127.691
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	75.718	3.395	250	0	78.863	9.015	0	0	0	0	9.015	69.848	66.703
3. Beteiligungen	506.087	2.225	4	0	508.308	5.661	0	0	0	0	5.661	502.647	500.426
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.881	0	0	0	4.881	0	0	0	0	0	0	4.881	4.881
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	16.932	1.810	0	0	18.742	0	0	0	0	0	0	18.742	16.932
6. Sonstige Ausleihungen	572	118	179	0	511	4	0	0	0	0	4	507	568
	882.313	7.548	433	0	889.428	165.112	41.463	0	0	0	206.575	682.853	717.201
	3.196.620	31.873	4.027	0	3.224.466	1.954.632	70.977	3.435	0	0	2.022.174	1.202.292	1.241.988